

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 59 (1979)
Heft: 12

Rubrik: Kommentare

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kommentare

MARGARET THATCHERS ERSTES HALBJAHR

Ein halbes Jahr nach ihrem Amtsantritt ist man aus Frau Thatcher immer noch nicht klug geworden. Man kennt von ihr Äusserlichkeiten: ihre Lebensdaten, ihre gepresste Stimme, ihren Ehrgeiz; man kennt ihre Abneigung gegen Journalisten und ihre Scheu vor dem Mikrophon, das ihre rhetorischen Ausrutscher über Arbeiter und schwarze Einwanderer in alle Haushalte trug; man kennt ihren kleinbürgerlichen Geschmack in Fragen der Kleidung und des Benehmens – doch zu welchem Ganzen summieren sich diese Einzelheiten? Ist sie die eiserne Lady, die die Sowjets in ihr sehen? Wird sie das Land in die Depression und in die Klassenkämpfe der dreissiger Jahre zurückführen, wie die Labourpartei behauptet? Die Gewerkschaften glauben voraussagen zu können, dass sie um marktwirtschaftlicher Dogmen willen ein Heer von Bankrotteuren und Arbeitslosen schaffen werde. Andere halten ihre Härte für Schein: sie werde, so sagen sie, unter Druck die Nerven verlieren und nachgeben. Und was soll man von ihrer Regierung halten? Fast alle Mitglieder waren anfangs der siebziger Jahre im Kabinett Heath, und die wenigsten von ihnen haben sich damals durch besondere Leistungen ausgezeichnet – sie selber als Erziehungsministerin ja auch nicht. Haben sie von ihren damaligen Fehlern und Irrtümern gelernt? Sie behaupten es. Darf man ihnen glauben?

Das erste Halbjahr ihrer Amtszeit gibt keine Antwort auf diese Fragen.

Eines hat sich allerdings gezeigt: Gewaltige Hindernisse stellen sich der Politik Frau Thatchers entgegen – grössere sicherlich, als sie vorausgesehen hatte. Der marktwirtschaftliche Weg, den sie zur Gesundung der Wirtschaft eingeschlagen hat, ist mühsam, dauert lange und erfordert Geduld. Erfolge bringt er erst spät; am Anfang verlangt er Opfer. Besitzt die Regierung den Durchhaltewillen? Wird sie ihn der Bevölkerung mitzuteilen vermögen? Der Kampf gegen die Inflation bewirkt beim Patienten, genau wie der Kampf gegen Drogensucht, schmerzhaftes Entziehungssymptome: Nicht nur den Gewerkschaften, auch den Unternehmern bangt vor den kurzfristigen Folgen der Entgiftungskur.

Noch ein zweites hat sich gezeigt: Auch Frau Thatcher isst die Suppe nicht so heiss, wie sie sie gekocht hat. Die Regierung hält an den im Wahlkampf hochgehaltenen Grundsätzen fest, aber wendet sie zurückhaltend an. Sie ist offensichtlich bestrebt, den Eindruck des dogmatischen Radikalismus, den Frau Thatchers Wahlkampf im Land zurückgelassen hat, wieder auszulöschen – ohne allerdings Zweifel an ihrer allgemeinen Entschlossenheit aufkommen zu lassen. Diese Entschlossenheit demonstriert die Regierung am deutlichsten bei der Geld- und Fiskalpolitik. Frau Thatcher betrachtet den Monetarismus als das Fundament ihres ganzen Programms und will keine Abstriche daran zulassen.

sen. Überall sonst lässt sie mit sich reden. Der dogmatische Sir Keith Joseph, der 1975, nachdem Frau Thatcher zum Parteichef gewählt worden war, ihre politischen Grundsätze formulieren half, übt kaum noch Einfluss auf sie aus, seitdem es darum geht, die damals formulierte Politik zu verwirklichen. Erfahrenere Politiker haben Einfluss auf sie gewonnen, etwa Lord Carrington, der Aussenminister, und ihr Stellvertreter und Innenminister William Whitelaw. Beide gehören zum gemässigten Flügel der Partei. Auch der Einfluss des Partei-Establishments, dem Frau Thatcher nie angehört hat, macht sich wieder bemerkbar, nachdem es ihr im Wahlkampf weitgehend freie Hand gelassen hatte. Die Grundhaltung des Establishments der Konservativen Partei ist seit jeher der Pragmatismus.

Eine Zäsur?

Unmittelbar nach dem Wahlsieg Frau Thatchers schrieben einige Pressekommentatoren, hauptsächlich ausländische, dass ihr Sieg eine Zäsur in der neuesten britischen Geschichte darstelle. Stimmt das? Verkörpert Frau Thatcher eine Politik, die für Grossbritannien neu ist? Vielleicht eine Revolution der Rechten? Oder eine Revolte des Kleinbürgertums, dem sie entstammt, in Partnerschaft mit dem Grosskapital, das sie bewundert, gerichtet gegen die von beiden als unerträglich empfundene Macht der Gewerkschaften? Oder ist ihr Ideengut, das sie im Wahlkampf von einem Werbefachmann als letzte Neuheit anpreisen liess, in Wirklichkeit gar nicht so neu?

Wohin strebt Frau Thatcher? Was hat sie in dieser Richtung bereits unternommen? Welche Kräfte stellen sich ihr entgegen? Ihr Hauptziel besteht darin, die britische Wirtschaft zu regenerieren. Die andern Belange: Rhodesien, Nordirland, die Rüstung, das Verhältnis zur EG, die Sozialdienste, das Schulwesen, der Spannung schaffende Strom farbiger Einwanderer aus dem Commonwealth – alles das steht an zweiter Stelle.

Die wirtschaftliche Ausgangslage ist komplizierter, als die zu ihrer Charakterisierung üblichen Stichworte vermuten lassen. Geringe Produktivität, sinkende Konkurrenzfähigkeit, Ineffizienz, hohe Produktionskosten trotz niedrigen Löhnen, wenig Erneuerungsinvestitionen, schlechte Qualität, geringe Marktabstimmung der Produkte, untüchtige Manager und fortschritthemmende Gewerkschaften: diese Merkmale gelten keineswegs für alle britischen Unternehmen und sind bloss Einzelaspekte einer äusserst komplexen Situation, die tief in der Vergangenheit des Landes wurzelt. Mit Wirtschaftsrezepten allein kommt man dem Krankheitsherd nicht bei; zusätzlich zu lösen sind Probleme der politischen Führung und Machbarkeit.

Das wichtigste Heilmittel zur Gesundung der Wirtschaft sieht Frau Thatcher darin, die Staatsmacht abzubauen. Seit Kriegsende, so sagt sie, hätten sich die Bürger und die Industrie in ihrem Verlangen nach Sicherheit mehr und mehr unter die Vormundschaft des Staates nehmen lassen. Der Staat sei im Begriff, sich alle Bereiche der Wirtschaft und des individuellen Lebens unterzuordnen, und er raube der Vermögen schaffenden Industrie immer mehr Geld zur Finan-

zierung der öffentlichen Dienste und der wuchernden Verwaltung. Dem müsse man Einhalt gebieten. Man müsse den Bürger und die Industrie von der Vormundschaft des Staates befreien, damit sie wieder ihre eigenen Kräfte entfalten könnten. Der Staat dürfe die Wirtschaft nicht lenken; er müsse sich darauf beschränken, Rahmenbedingungen zu schaffen, die die Privatinitiative und die Leistungskonkurrenz förderten. Er dürfe dem Bürger nicht das Einkommen wegsteuern, um ihn mit dem weggenommenen Geld nach einem Staatsplan zu versorgen; der Einzelne solle sein Einkommen soweit als möglich behalten und selber darüber entscheiden, was er damit tut. Das würde, so sagt Frau Thatcher, nicht nur den Bürger wieder selbständig machen; es würde zudem Marktkräfte freisetzen, die zur Regenerierung der Wirtschaft nötig seien.

Auf diesem Grundgedanken basiert Frau Thatchers Wirtschaftspolitik. Als Voraussetzung zur Verwirklichung dieser Politik nennt sie die Beseitigung der Inflation. Die Inflation verunsichere den Bürger und veranlasse ihn, seine Lohnforderungen an den Arbeitgeber und seine Sicherheitsansprüche an den Staat immer höher zu schrauben. Frau Thatcher will die Inflation nicht mit staatlichen Eingriffen, nicht mit künstlichen Lohn- und Preiskontrollen bekämpfen, sondern indem sie den Staatshaushalt in Ordnung bringt, also das gewaltige Budgetdefizit abbaut und das Geldmengenwachstum bremst. Ebenfalls zur Inflationsbekämpfung will sie die industrielle Effizienz, die Produktivität steigern. Das würde die eigentliche Gesundung der Wirtschaft einleiten.

Produktivitätssteigerung lässt sich

laut Frau Thatcher weder verordnen noch durch Staatsinterventionen herbeiführen; sie ergebe sich einzig und allein unter dem Wettbewerbsdruck der freien Marktwirtschaft. Dementsprechend will sie alle in der Vergangenheit getroffenen staatlichen Vorkehrungen, die den Produktivitätsfortschritt hemmen, abbauen. Das betrifft unter anderem die Arbeitsplatzsicherung, die Beschäftigungshilfen, die Industriesubventionen und die Zuschüsse an die wirtschaftlich rückständigen Landesteile. Sie will nicht, dass der Staat lebensunfähige Betriebe künstlich am Leben erhält; der Staat soll die kräftigen Betriebe sich entfalten und die lebensunfähigen Bankrott gehen lassen. Die Unternehmungslust des Individuums will Frau Thatcher durch Senkung der Einkommenssteuer stimulieren. Die dadurch wegfallenden Staatseinnahmen sollen, soweit man nicht die Ausgaben entsprechend kürzen kann, durch vermehrte indirekte Besteuerung wettgemacht werden.

Sie will schliesslich das Gewerkschaftsgesetz revidieren. Ihr Vorhaben ist bescheiden, Drastisches ist nicht geplant, sie will bloss vereinzelte Auswüchse der Gewerkschaftsmacht entfernen. Drei Bereiche werden zur Hauptsache davon betroffen: das Recht auf Streikposten, der Gewerkschaftszwang in einzelnen Betrieben und Industriezweigen (closed shop) und die Modalitäten bei den gewerkschaftlichen Abstimmungen. Das Recht auf Streikposten schafft derzeit die schwierigsten Probleme, sogar Zusammenstösse mit der Polizei. Wer darf Streikposten stehen und wo? Wie weit gehen ihre Rechte? 1977 liess zum Beispiel ein kommunistischer Führer der Bergarbeitergewerkschaft,

Scargill, Hunderte von Bergleuten aus den Kohlengruben Mittelenglands nach London fahren, damit sie dort vor einem Filmverarbeitungswerk Streikposten stünden. Ist dergleichen zulässig? Das zuständige Gesetz ist über ein halbes Jahrhundert alt, hat keine Beziehungen zu der Welt von heute und ist erst noch vag formuliert. Frau Thatcher will, dass künftig nur Arbeiter, die selber am Konflikt beteiligt sind, Streikposten stehen dürfen, und zwar ausschliesslich vor dem Betrieb, in dem sie arbeiten. Closed shop nennt man einen Betrieb, wo jeder Arbeiter und jeder Angestellte einer bestimmten Gewerkschaft angehören muss. Er verliert seine Anstellung, wenn er aus der Gewerkschaft austritt oder ausgestossen wird. Künftig soll dieses Gewerkschaftsmonopol nur dann eingeführt werden dürfen, wenn die Arbeitnehmer sich in einer geheimen Abstimmung dafür aussprechen. Wer von der Gewerkschaft ausgestossen wird und demzufolge seinen Arbeitsplatz verliert, soll Anrecht auf Entschädigung erhalten und dazu berechtigt werden, seinen Fall vor Gericht zu tragen. Weder das eine noch das andere steht ihm heute zu. Weiter will die Regierung veranlassen, dass die Gewerkschaften bei wichtigen Entscheidungen, etwa zur Wahl der Funktionäre oder vor dem Streikbeschluss, geheime Abstimmungen durchführen. Sie will das nicht gesetzlich vorschreiben, bloss den Gewerkschaften, die es tun wollen, vom Staat die dazu nötige Finanzhilfe geben lassen. Gegenwärtig wird bei den meisten Gewerkschaften durch Handerhebungen an Versammlungen abgestimmt. Die Versammlungen sind schwach besucht, werden von den Extremisten dominiert, und es

kommt häufig zu Einschüchterungen. Weitere kleine Änderungen sind hinsichtlich der Arbeitsplatzsicherung geplant. Überprüft werden soll schliesslich das Ausmass der staatlichen Sozialhilfe an die Familie von Streikenden. Frau Thatcher möchte, dass die Gewerkschaften einen grösseren Anteil am Einkommen der Streikenden tragen. Das würde ihrer Meinung nach der um sich greifenden Usanz entgegenwirken, dass zuerst gestreikt und erst nachher verhandelt wird. Darüber beklagte sich schon der Labour-Premierminister Callaghan.

Altes Programm – neu verpackt

Was ist an diesem Programm neu – neu für Grossbritannien? Nichts. 1970 trat Edward Heath mit einem gleich lautenden Programm an der Downing Street an. Auch er wollte die Inflation mit geld- und fiskalpolitischen Massnahmen bremsen, den Staatsinterventionismus beseitigen, die Subventionen abbauen, die Marktkräfte zur Wirkung bringen, die Privatinitiative stimulieren, keine Lohnbegrenzung mehr verfügen. Seine Postulate gingen zum Teil weiter als die Frau Thatchers, etwa hinsichtlich der Gewerkschaften, die er mit einem umfassenden Gesetz bändigen wollte – was übrigens vor ihm schon Premierminister Wilson versucht hatte.

Alle Vorhaben Heaths zur Gesundung der Wirtschaft scheiterten an seinem Mangel an politischer Gewandtheit. Er vermochte den Bürger nicht davon zu überzeugen, dass seine Diagnose richtig war; demzufolge brachte er ihn nicht dazu, die verschriebene Medizin zu schlucken.

Seine Überzeugungskraft wurde noch geringer, als er selber den Folgen seiner Politik nicht standhielt. Als sein Monetarismus die ersten Bankrotte verursachte und die Arbeitslosenzahl in die Höhe trieb – eine als kurzfristige Folge der straffen Geldpolitik vorausgesagte Erscheinung –, teilte er wieder grosszügig Subventionen aus. Als dann die Inflation sich beschleunigte, dekretierte er eine Lohnbegrenzung, nachdem er vorher gepredigt hatte, sie sei ein untaugliches Mittel. Am Ende seiner Regierungszeit war die Inflation stärker, der Staatsdirigismus grösser, die Geldpolitik lockerer als bei seinem Amtsantritt.

Wird Frau Thatcher das gleiche widerfahren? Wie hat sie bisher im Premierministeramt gewirkt? Es ist nicht männlicher Chauvinismus, wenn gesagt wird, dass sie häufig impulsiv entschied und dass ihre ausschliesslich männlichen Kabinettskollegen korrigierend und mässigend intervenieren mussten. Sie zeigte sich jeweilen belehrbar, und sie scheute sich nicht vor dem Gesichtsverlust, wenn sie von der Notwendigkeit überzeugt wurde, ein Urteil oder einen Entscheid zu korrigieren. Als zum Beispiel wenige Tage nach ihrem Regierungsantritt ein britisches Frachtschiff im Südchinesischen Meer an die tausend vietnamesische Flüchtlinge aus sinkenden Booten gerettet hatte, wollte sie diesen – obwohl eine entsprechende Garantie der früheren Regierung vorlag – kein Asyl in Grossbritannien gewähren, weil es hier, wie sie sagte, schon genug farbige Einwanderer gebe; ihre Kabinettskollegen stimmten sie um. Später wider setzte sie sich, um ein Beispiel der Lohnmässigung zu statuieren, einer längst fälligen und von einem Prü-

fungsausschuss empfohlenen Gehaltserhöhung für die Unterhausabgeordneten; die Hinterbänkler ihrer eigenen Fraktion revoltierten, da gab sie nach – verzichtete allerdings auf die ihr zustehende Aufbesserung. Nicht in jedem Fall liess sich ein Fehlentscheid sofort korrigieren. Sie verbot – entgegen ihren eigenen marktwirtschaftlichen Thesen und auch gegen den Rat ihrer Kollegen – eine Gaspreiserhöhung, damit der ohnehin steigende Lebenskostenindex keinen zusätzlichen Stoss erhalte; sie bewirkte damit eine schwere Marktverzerrung, und man wird im nächsten Frühjahr den Gaspreis um so mehr erhöhen müssen. Ebenfalls ihren Grundsätzen und den Marktkräften entgegen liess sie, wiederum wegen des Lebenskostenindex, eine Erhöhung der Hypothekarzinsen um sechs Monate hinausschieben. Sie wollte sogar die auf diesen Zinsen bereits bestehenden Subventionen vergrössern, wurde aber vom Kabinett von diesem krassen Akt des Staatsdirigismus abgehalten.

Dynamik und Vorsicht

Dynamik und Vorsicht kennzeichnen das erste halbe Jahr ihrer Amtszeit. Verschiedene Wahlversprechen hat sie bereits eingelöst: Sie hat die Einkommenssteuer gesenkt, Einsparungen im Haushaltplan erwirkt, die Kontrolle der Kapitalausfuhr aufgehoben. Anderes hat sie angepackt, aber mit überraschender Zurückhaltung – etwa die Revision des Gewerkschaftsgesetzes und den Abbau des Staatsinterventionsismus.

Ihre erste Amtshandlung als Premierministerin, die Regierungsbildung,

signalisierte ihren Willen, den im Wahlkampf vorgezeichneten Kurs einzuschlagen, aber nicht mit dem Über-eifer vorzugehen, den ihre Natur erwarten liess. Sie stellte eine Mannschaft zusammen, die wesentlich gemässiger erschien als sie selber. Man hatte den Eindruck, dass sie sich Zügel anlegen wollte. Das wurde allgemein begrüsst – nicht nur der Sache wegen, sondern auch als ein Zeichen der politischen Klugheit. Das Schauspiel eines Siegers, der sich mässigt, wirkt in Grossbritannien immer gut. In diesem Falle war eine Demonstration der Mässigung besonders angebracht, weil jedermann sich darüber klar war, dass die Stimmbürger nicht Frau Thatcher gewählt, sondern die Labourregierung gewegewählt hatten. Das ergab sich eindeutig aus den Meinungsumfragen, die vor dem Urnengang durchgeführt worden waren. Der Wahlausgang war nicht Ausdruck einer Zustimmung des Stimmbürgers, sondern seines Unmuts. Callaghan war zur Zeit der Wahl wesentlich populärer als Frau Thatcher, aber die Wähler wollten den Gewerkschaften, die ihnen mit Streiks den Winter vergällt hatten, einen Denktzettel erteilen. Sie vertrauten darauf, dass dann die Konservative Partei, der sie die Stimme gaben, die unerprobte und unberechenbare Frau Thatcher schon bändigen werde.

In der Regierungsmannschaft Frau Thatchers sind der rechte und der linke Parteiflügel im Gleichgewicht vertreten, und die meisten Mitglieder kommen aus der Parteimitte. Ausgeprägt gemässigte Politiker stehen an prominenter Stelle: Whitelaw ist Innenminister und Stellvertreter Frau Thatchers, Lord Carrington Aussenminister; Peter Walker, der Führer des

linken Parteiflügels, ist zuständig für die Landwirtschaft, somit für einen wichtigen Bereich der Beziehungen Grossbritanniens zur EG; zum Arbeitsminister ernannte sie James Prior, der in der Partei zuäusserst links steht. In den Wirtschaftsministerien sind allerdings die Vertreter des rechten Parteiflügels stark; aber sie besitzen nicht das politische Gewicht Whitelaws oder Carringtons. Unter ihnen ist Sir Keith Joseph, Industrieminister, der prominenteste. Er wurde Mitte der siebziger Jahre als engstirniger Dogmatiker bekannt, aber schadete seiner Glaubwürdigkeit mit unüberlegten Äusserungen wie die: «Zu viele Kinder werden von armen und geistig wenig entwickelten Müttern geboren, die schlecht befähigt sind, den Kindern ein stabiles Heim zu bieten und ihnen die richtige Kombination von Liebe und Strenge entgegenzubringen; sie gebären die Verbrecher von morgen.» Zur Parteimitte dagegen gehört der Inhaber des wichtigen Schatzamtes, Sir Geoffrey Howe, ein farbloser, aber bedachter Politiker. Er heisst die Grundsätze des Monetarismus gut – wie das übrigens alle Kabinettsmitglieder tun –, aber er hat sich stets mehr Spielraum bewahrt als Frau Thatcher oder gar Keith Joseph.

Die grösste Entschiedenheit zeigte die Regierung bisher bei der Geld- und Fiskalpolitik. Sie will die Staatsausgaben real auf dem Stand des Vorjahres einfrieren. Zu diesem Zweck hat Schatzkanzler Howe in seinem Budget für das laufende Finanzjahr die noch von der Labourregierung geplanten vier Milliarden Pfund Mehrausgaben um drei Milliarden gekürzt. Davon werden alle Verwaltungszweige betroffen – ausser dem Militär: Frau

Thatcher will den Rüstungsanstrengungen der Sowjets wieder etwas gegenüberstellen, nachdem die Labourregierung den britischen Beitrag an die NATO gekürzt hatte. Da der Kaufkraftschwund berücksichtigt wird, also die Ausgaben nominell um eine Milliarde erhöht werden, muss die Regierung, um trotzdem ihr Geldmengenziel zu erreichen, die Geldpolitik straffen. Sie erhöhte die Bankrate von 12% auf das Krisenniveau von 17% und verlängerte die Kreditzuwachsbeschränkung. Beides belastet die Privatwirtschaft. Die im Wahlkampf versprochene Senkung der Einkommenssteuer wurde ebenfalls schon vorgenommen. Der Schatzkanzler senkte die Höchst-rate von 83 auf 60% und den Mindestsatz von 33 auf 30%; zudem vergrösserte er die persönlichen Abzüge um 20%. Parallel dazu erhöhte er die direkte Besteuerung, indem er die Mehrwertsteuer von 8 auf 15% hinaufsetzte.

Behutsamer hat die Regierung ihre andern Vorhaben angepackt. Das gilt vor allem für die Revision des Gewerkschaftsgesetzes. Die Versuchung zu raschem und drastischem Handeln war gerade hier gross. In der Partei herrscht eine starke gewerkschaftsfeindliche Stimmung, und Frau Thatcher teilt dieses Gefühl. Es ist offenbar auch bei den Gewerkschaften selber vorhanden: Gut ein Drittel aller Gewerkschaftsmitglieder – mehr als jemals zuvor – stimmten bei den Unterhauswahlen vom letzten Mai für die Konservative Partei, und die Labourpartei erlitt ihre schwersten Niederlagen in Arbeiterwahlkreisen, in denen im letzten Winter lange Streiks stattgefunden hatten. Es zeigt eindrücklich das Bestreben Frau Thatchers, ihren

eigenen Neigungen ein Gegengewicht zu schaffen, dass sie einen Exponenten der äussersten Linken in der Partei zum Arbeitsminister ernannte: James Prior, der im Laufe der letzten drei Jahre mehrmals den extremen gewerkschaftspolitischen Postulaten Frau Thatchers öffentlich widersprochen und dadurch den Zorn vieler Parteimitglieder auf sich gezogen hatte. Nach dem Amtsantritt veröffentlichte er ein Diskussionspapier zur geplanten Revision des Gewerkschaftsgesetzes und versprach den Gewerkschaftsführern, sie vor der Ausarbeitung des Gesetzesentwurfes eingehend zu konsultieren. Er stellte ihnen grosse Kompromissbereitschaft in Aussicht.

Auffallend gemässigt ist auch der Kurs, den der früher so dogmatische Keith Joseph bisher steuerte. Das geschieht offensichtlich auf Weisung von oben. Das Vorhaben zum Beispiel, die Wirtschaftshilfe an die rückständigen Landesteile drastisch zu kürzen, wird er nicht auf einen Schlag verwirklichen, sondern auf drei Jahre verteilen. Das Wahlkampfversprechen, die von der Labourregierung verstaatlichten Schiff- und Flugzeugbauwerke der Privatwirtschaft zurückzukaufen, wird vorläufig zurückgestellt, und die Subventionierung der betreffenden Werke geht weiter. Auch der verlustreichen staatlichen «British Steel Corporation» drehte Sir Keith den Geldhahn nicht sofort zu. Die Staatsholding «National Enterprise Board» wird er nur langsam der im Wahlmanifest versprochenen Abmagerungskur unterziehen.

Zurückhaltung auch in den nichtwirtschaftlichen Bereichen, etwa hinsichtlich des Wahlkampfversprechens, den Strom der farbigen Einwanderer

aus dem Commonwealth resolut zu reduzieren, oder hinsichtlich des Rhodesienkonflikts. Das Wahlmanifest stellte die sofortige Anerkennung der in Rhodesien gewählten Mehrheitsregierung sowie die Aufhebung der Sanktionen in Aussicht; erst nachher sollte dafür gesorgt werden, dass der neue unabhängige Staat internationale Anerkennung finde. Nach dem Wahlsieg wurden die Gewichte verlagert: die Gewährleistung internationaler Zustimmung erhielt Priorität vor der Anerkennung durch London. Im September setzte sich dann Frau Thatchers Aussenminister, Lord Carrington, mit den Vertretern der Patriotischen Front, die Frau Thatcher noch wenige Wochen zuvor konsequent als Terroristen zu bezeichnen pflegte, an den Verhandlungstisch. Das entspricht durchaus den Usanzen der britischen Dekolonialisierungspolitik: Auch Yomo Kenyatta hatten die Briten als Terroristen und Mörder gebrandmarkt, bevor sie ihn als einen weisen Staatsmann des Commonwealth priesen.

Aller Pragmatismus reicht jedoch nicht dazu aus, bittere Medizin schmackhaft zu machen. Früher oder später wird die Bevölkerung den Gürtel enger schnallen müssen. Werden die Arbeiter dazu bereit sein, wenn sie sehen werden, dass sie härter davon betroffen werden als die Leute mit grossem Einkommen? Die Senkung der Einkommenssteuer, die die Regierung verfügt hat, kommt allen zugute, aber sie bringt dem Grossverdiener viel mehr ein als dem Durchschnittslohnempfänger. Das ist durchaus im Sinne Frau Thatchers: Sie verteidigt die Ungerechtigkeit mit dem Argument, sie wolle den Leistungswillen der Manager und die Investitionslust

des Unternehmers stimulieren. Doch frühere Erfahrungen in dieser Richtung berechtigen zu Zweifeln: Unter der Regierung Heath, die den gleichen Plan verfolgte, stimulierte das Mehrkommen die Wohlhabenden weniger zu langfristigen Investitionen in die Industrie als zu kurzfristigen Spekulationen mit Häusern und Grundstücken. Die raschen Gewinne, die sie so erzielten, schoben sie vielfach ins Ausland ab. Es herrscht in Grossbritannien eine starke Tendenz zur kurzfristigen Spekulation. Das hat mancherlei Ursachen: die Inflation, die Steuergesetze, die abschreckende Haltung der Gewerkschaften und schliesslich der ständige Wechsel der Parteien im Regierungsamt. Jede neue Regierung pflegt zuerst vieles von dem rückgängig zu machen, was die vorhergehende begann, aber wegen Zeitmangel nicht zu Ende führen konnte. Die daraus resultierende Unsicherheit hemmt langfristiges Investieren und reizt zur Ausschau nach raschen Profiten.

Frau Thatcher will keine Lohnbegrenzung verfügen. Sie will es den von ihrer straffen Geldpolitik geprägten Marktkräften überlassen, das Lohnniveau zu bestimmen. Unter keinen Umständen werde die Regierung, so beteuert Frau Thatcher, Geld drucken lassen, um Lohnvereinbarungen zu finanzieren, die über das hinausgehen, was eine Firma zu tragen vermag. Firmen, die ihren Arbeitnehmern mehr als das Tragbare zugestehen, sollen laut Frau Thatcher zugrunde gehen, und die Arbeiter und Angestellten, die das übermässige Lohnzugeständnis erzwangen, sollen den Arbeitsplatz verlieren.

Wird der britische Arbeiter sich diesem Marktmechanismus unterwer-

fen, wenn er sehen wird, dass sein reicherer Mitbürger weniger unmittelbar davon betroffen wird als er? Auch weiss er ja, dass sein Arbeitsplatz nicht nur von den Marktkräften her, sondern auch wegen der weitverbreiteten Untüchtigkeit der Betriebsleiter und Unternehmer gefährdet ist. Seine Bereitschaft zur Lohnmässigung dürfte noch mehr reduziert werden, weil die Kürzungen am Staatshaushalt Abstriche an den Sozialdiensten notwendig machen. Die Regierung hat dazu in der Eile fragwürdige Entscheidungen getroffen. Man kann den Bürger davon überzeugen, dass Einsparungen nötig sind; auch davon, dass angesichts der sowjetischen Rüstung die Verteidigungsausgaben erhöht werden müssen; doch er beginnt Fragen zu stellen, wenn man ihm sagt, dass man dem Militär mehr Geld gibt, dagegen dem bedürftigen Schulwesen die Mittel kürzt. Da offenbart die Regierung nicht nur einen Mangel an politischem Fingerspitzengefühl, sondern auch einen Mangel an Konsequenz hinsichtlich der angestrebten Regenerierung der Wirtschaft. Solange das Schulwesen nicht besser wird, ist diese schwerlich zu erreichen.

Krise der politischen Führung

An solchen Gegebenheiten und Problemen ist seinerzeit Edward Heath gescheitert. Seine verzweifelte Frage an die Stimmbürger, wer eigentlich das Land regieren solle, die Gewerkschaften oder die Regierung, war eine falsch gestellte Frage. Sie offenbarte die Schwäche und Unentschlossenheit seiner Regierung. Zu fragen ist vielmehr danach, ob eine Regierung dazu im-

stande ist, die Gewerkschaften für die Regierungsziele zu gewinnen. Es ist eine Frage nicht nach dem Recht zu regieren, sondern nach der Fähigkeit zur politischen Führung. Die Machbarkeit in der Politik, die sich ja in einer Demokratie nicht erzwingen lässt, stellt sich andererseits auch nicht einfach ein, wird auch nicht von irgendwem zugestanden, sondern muss durch politisches Einwirken erarbeitet werden.

Besitzt Frau Thatcher die Fähigkeit dazu? Man weiss es noch nicht. Voraussagen lässt sich nur dies: Die Aufgabe ist heute noch schwieriger, als sie es zur Zeit Heaths war, weil gegenwärtig die Gewerkschaften im Gegensatz zu damals eine schwache Führungsgarnitur haben. Die beiden grössten Gewerkschaften zum Beispiel, die der Transport- und Hilfsarbeiter und die der Metallarbeiter, haben 1978 neue Chefs erhalten. Ihre Vorgänger, die umstrittenen aber starken Persönlichkeiten Jack Jones und Hugh Scanlon, wurden nach ihrer Pensionierung durch Subalternfiguren ersetzt: Moss Evans und Terry Duffy, die sich bisher unfähig zeigten, die Zügel auch nur in die Hand zu nehmen, geschweige denn zu halten. Sie lassen sich von den mittleren und unteren Kadern ihrer Gewerkschaften herumbefehlen. Die Bereitschaft der Regierung, die Gewerkschaften vor Entscheidungen, die sie betreffen, zu konsultieren, bleibt wirkungslos, wenn auf der Gegenseite der Gesprächspartner fehlt, auf dessen Wort Verlass ist.

Ebenfalls weitgehend führungslos ist die Labourpartei, also die Opposition. Sie wird von einem inneren Machtkampf hin- und hergerissen. Auch das erschwert die Regierungs-

arbeit, denn wiederum fehlt der verlässliche Gesprächspartner. Der linke Parteiflügel ist nach wie vor schwächer als der rechte, kommt aber heute stärker zu Wort, weil seit der Wahlniederlage vom Mai die Stellung Callaghans, des Parteichefs und derzeitigen Exponenten des rechten Flügels, geschwächt ist. Der linke Parteiflügel vertritt wirtschaftspolitische Thesen, die denen Frau Thatchers diametral entgegenstehen: Mehr Verstaatlichungen, mehr Staatsdirigismus, weniger Marktwirtschaft, Preiskontrollen, Importschranken und vor allem eine massive Erhöhung der Staatsausgaben zur Ankurbelung der Wirtschaft. Dass diese Rezepte schon mehrmals verwendet wurden und niemals zum Erfolg führten, vielmehr die Wirtschaftsschwierigkeiten verschärften, stört die Exponenten des linken Parteiflügels nicht. Für Frau Thatcher ergibt sich eine politische Schwierigkeit daraus, dass auch ihre Medizin schon angewendet wurde und ebenfalls erfolglos blieb und dass sie keine andere Antwort darauf weiss als die, die der linke Labourflügel ebenfalls zur Begründung der früheren Misserfolge seiner Medizin anführt, nämlich dass man bei den bisherigen Versuchen nicht konsequent genug gewesen sei, gleichsam mitten im Strom die Nerven verloren habe.

Callaghan teilt die Meinungen des linken Flügels seiner Partei nicht. Er selber brachte ja 1976 die Labourregierung auf einen monetaristischen Kurs. Allerdings geschah das unter dem Diktat des Internationalen Währungsfonds, den Callaghan in einer Pfundkrise um einen Stützungskredit angegangen war; doch die Auflagen des IMF entsprachen den schon vor-

her neu gewonnenen Überzeugungen Callaghans. Er verwendete gegenüber der widerspenstigen Partei die Auflagen des IMF als Vorwand zu dem von ihm selber gewünschten Kurswechsel. Heute warnt er vor den Gefahren, die eine zu starre Anwendung der monetaristischen Grundsätze bringen könnte; aber den allgemeinen Kurs hält er für richtig.

Doch Callaghan ist kein wirksamer Parteichef mehr. Die Wahlniederlage vom Mai hat ihn schwer getroffen. Seine Autorität ist angeschlagen, und er selber wirkt verbraucht. So entschlossen und selbstsicher er als Regierungschef auftrat, so ziellos und unsicher erscheint er als Oppositionsführer. Die Schuld an der Wahlniederlage schiebt die Partei ihm in die Schuhe – nicht ganz zu Recht, aber erwartungsgemäss, da in der Partei schon um die Nachfolge Callaghans gerungen wird. Berechtigt ist der gegen ihn erhobene Vorwurf, dass er den für seine Partei günstigsten Zeitpunkt zu Neuwahlen vorbeigehen liess, als er sich entschloss, die Wahlen nicht im Herbst 1978, sondern erst im folgenden Jahr anzusetzen. Im Herbst 1978 fühlte der Stimmbürger noch nicht die Folgen, die das Ende der lohnpolitischen Zusammenarbeit zwischen Callaghan und den Gewerkschaften bewirken musste; aber ein Politiker konnte diese Folgen voraussehen. Der Winter brachte dann die unzähligen Streiks, von denen die Bevölkerung direkt betroffen wurde, etwa den der Kehrtafelmänner oder der Spitalgehilfen oder der Totengräber. Nicht die Wirtschaftspolitik Callaghans, sondern diese für die Bevölkerung ärgerlichen Streiks veranlassten potentielle Labourwähler, für die Tories zu stimmen. Der linke Par-

teiflügel schildert es anders, weil er sich der Wahlniederlage in seinem Kampf gegen den rechten Flügel bedient. Darauf hatten sich seine Führer schon vor den Wahlen eingerichtet, indem sie sich nur schwach am Wahlkampf der Partei beteiligten.

Es ist nichts Neues, dass in der Labourpartei der rechte und der linke Flügel einander bekämpfen. Neu ist, dass der rechte Flügel zögert, sich dem Vorstoss des linken entgegenzustellen. Seine prominentesten Vertreter streben alle an die Parteispitze und wollen sich ihre Chancen nicht dadurch verderben, dass sie sich zu stark als rechtsstehend exponieren. Zudem halten sie ihren am linken Flügel vorwärtsstürmenden Rivalen Anthony Wedgwood Benn nicht für einen gefährlichen Gegner. Infolgedessen ist es der Parteilinken am diesjährigen Parteitag im Oktober gelungen, wesentliche Änderungen an der Machtstruktur der Partei vorzunehmen und dadurch einen fühlbaren Linksrutsch zu erwirken. Dieser Linksrutsch lässt sich rückgängig machen: Es ist schon oft vorgekommen, dass die Delegierten an einem Parteitag etwas beschließen und am nächsten widerrufen haben. Callaghan ist entschlossen, den Beschlüssen des diesjährigen Parteitags dieses Schicksal zuteil werden zu lassen. Zu diesem Zweck will er das Amt des Parteichefs bis zum nächsten Parteitag behalten.

Opposition zur Regierungspolitik regt sich auch im Kreise der Unternehmer. Viele von ihnen empfinden das hohe Zinsniveau, die Kreditbegrenzung und die Kürzung der Staatsausgaben als starke Belastung. Die

Festigung des Pfundkurses, die unter anderem infolge der monetaristischen Regierungspolitik eintrat, erschwert die Exporte und verbessert die Konkurrenzfähigkeit ausländischer Produkte auf den britischen Märkten. Viele Unternehmer äussern ähnliche Bedenken hinsichtlich der Regierungspolitik wie die Labourpartei und die Gewerkschaften, wenn auch weniger laut. Sie fragen namentlich, ob es klug sei, während einer weltweiten Rezession die Wirtschaft zusätzlich den Hemmnissen einer straffen Geldpolitik auszusetzen.

Vieles spricht dafür, dass die von Frau Thatcher verordnete Kur zur Regenerierung der Wirtschaft nötig ist. Doch damit wird es nicht getan sein. Die Ursachen dessen, was man die britische Krankheit nennt, wurzeln so tief in den britischen Traditionen, dass man sie mit geld- und fiskalpolitischen Massnahmen allein niemals beseitigen wird. Zusätzliches wäre nötig, das weder mit Gesetzen noch mit Regierungsbeschlüssen zu leisten ist. Zum Beispiel eine höhere gesellschaftliche Einstufung der Arbeit in der Industrie – der handwerklichen wie der leitenden und der forschenden. Dann eine höhere Bereitschaft des Einzelnen, sich dem Leistungswettbewerb zu unterziehen. Wollen die Engländer das? Möchte man es ihnen wünschen? Am Ende wird der Stand der britischen Wirtschaft davon abhängen, in welches Wertverhältnis der Engländer sein Verlangen nach materiellen Gütern und sein Bedürfnis nach Musse zueinander stellt.

Roger Bernheim

ENERGIEPOLITIK UND ATOMWAFFEN

Dass die westlichen Industrienationen und Japan auf ausserordentlich exponierte Weise von Ölimporten aus dem Mittleren Osten angewiesen sind, ist hinlänglich bekannt. Die erste Erdölkrise vom November 1973 machte die Abhängigkeit von diesen Importen zuerst jedermann klar, und die seither weiterhin erfolgten massiven Preiserhöhungen durch die OPEC-Staaten sind wenigstens teilweise für die schwierige Lage der Weltwirtschaft verantwortlich; die «zweite Erdölkrise» vom Sommer 1979 beleuchtete nochmals mit beängstigender Deutlichkeit die prekäre Situation. Die chaotische Lage im Iran verursachte den Ausfall der Lieferungen aus diesem Lande, was allein genügte, weltweit einen Nachfrageüberschuss, Knappheit und nochmalige drastische Preiserhöhungen auszulösen.

Was würde geschehen, wenn das iranische Chaos über den Persischen Golf nach Saudiarabien übergriffe? Oder was würde geschehen, wenn die Sowjetunion ihren alten Traum verwirklichen und durch Persien hindurch an den Indischen Golf drängen würde? Vorarbeit ist von den Sowjets auf der Arabischen Halbinsel, im Horn von Afrika und in Afghanistan zur Genüge geleistet worden.

Es muss jedem Beobachter klar sein, dass ein gewaltsames Abriegeln der Erdölströme aus dem Persischen Golf den Westen zu ebenso gewaltsamen Gegenmassnahmen zwingen würde; denn es ginge um Sein oder Nichtsein der Weltordnung, so wie sie heute ist. Die USA können eine Provokation vielleicht fast überall, aber

nicht dort hinnehmen. Durch den Sturz des Schahs ist an die Stelle eines einigermaßen stabilen Staates ein Vakuum getreten – und das in einem Augenblick, in dem wenigstens für ein paar Jahre die absolute militärische Überlegenheit der USA nicht mehr gesichert ist.

Kurz und vereinfacht ausgedrückt: Wenn der dritte Weltkrieg ausbricht, dann mit grosser Wahrscheinlichkeit an der Strasse von Hormuz.

*

Was kann, muss getan werden?

Kurzfristig wenig – langfristig viel!

Eine konsequente und richtige Energiepolitik könnte langfristig den Westen wenigstens soweit vom mittelöstlichen Erdöl unabhängig machen, dass die fast völlige Einseitigkeit unserer Versorgung abgebaut würde.

Eine solche Energiepolitik müsste vier Elemente umfassen:

- Sparen;
- Suchen nach neuen Erdöl- und Erdgasquellen;
- Entwickeln einer modernen Kohletechnologie;
- Ausnützen der Möglichkeiten der Kernenergie.

Alle vier Aktionen müssten parallel und zügig angegriffen werden.

Ein fünfter Punkt gehört dazu: Verzicht auf Utopien: Sonnenenergie hat zwar grosse Chancen, einen wesentlichen Beitrag zu leisten, aber erst langfristig. Andere Alternativen wie Geothermische Energie, Windenergie, Bioenergie usw. werden nie mehr als

lokale Bedeutung haben und auch nur kleine Beiträge leisten können. Der Kampf der westlichen Industrienationen um ihre Energieversorgung ist eine zu toderne Sache, als dass Don Quijote'sche Kämpfe um und mit Windmühlen am Platz wären!

*

Den Lesern dieser Zeitschrift ist genügend bekannt, dass der Verfasser ein überzeugter Vertreter der Kernenergie ist. Die westliche Industrielwelt wird die Energieproblematik nicht meistern, wenn nicht alle vier genannten Aktionen einer konsequenten Energiepolitik energisch verwirklicht werden. Wir begründen das hier nicht nochmals, sondern verfolgen einen speziellen Aspekt der Kernenergie: den Zusammenhang Kernenergie-Kernwaffen.

*

Zum Betrieb von Kernreaktoren benötigt man angereichertes Uran, d. h. Uran, welches mehr Uran 235 enthält, als das natürlich vorkommende. Angereichertes Uran kann auch zur Herstellung von Kernwaffen dienen, dann nämlich, wenn es hochprozentig aus Uran 235 besteht. Anreicherungsanlagen dienen deshalb unter Umständen nicht nur der Herstellung von Brennstoff für Kernreaktoren, sondern auch der Herstellung von Bombenmaterial.

Beim Betrieb von Kernreaktoren entsteht Plutonium. Plutonium kann selbst wiederum als Betriebsstoff für Kernreaktoren dienen. Es wird durch Wiederaufbereitung von Brennelementen aus Kernreaktoren, die Uran als Brenn- oder Brutstoff verwenden, gewonnen und dann insbesondere als Brennstoff für Brüterreaktoren ver-

wendet; Brüterreaktoren erzeugen aus Uran mehr oder gleichviel Plutonium-Brennstoff als sie verbrauchen. Plutonium kann aber auch, wie hochangereichertes Uran, zur Herstellung von Kernwaffen dienen.

Diese Zusammenhänge stehen an der Basis des Atomsperrvertrages (Non-Proliferation Treaty, NPT), welcher die Weitergabe von Wissen und Ausrüstungen, die zur Atomwaffenherstellung dienen können, strengen Regeln unterwirft.

*

Präsident Carter hat nach seinem Amtsantritt drei Massnahmen ergriffen, welche die Verbreitung der Atomwaffentechnik über den NPT hinaus noch weiter erschweren sollten:

Erstens will Carter die Wiederaufbereitung verbrauchter Brennstoffelemente aus konventionellen Kernreaktoren, in den USA und international, verbieten, um das Plutonium unzugänglich zu machen;

Zweitens will Carter konsequenterweise die Entwicklung des Brüterreaktors, in den USA und international, abbrechen, wiederum um der Verbreitung des Plutoniums zu wehren, und

Drittens will Carter den Export von Wissen und Ausrüstungen, die der Atomtechnik dienen, aus den USA weiter erschweren und hat dazu entsprechende Gesetze vom Kongress verabschieden lassen.

*

Der Verfasser ist der Meinung, dass diese Massnahmen einerseits energiepolitisch falsch und andererseits waffenpolitisch kontraproduktiv oder wenigstens unwirksam sind.

Das kann wie folgt begründet werden:

Die Entwicklung der Brütertechnik gestattet – eben wegen des Bruteffekts – eine wesentlich höhere Ausnützung des Urans als Kernbrennstoff. Länder ohne eigene Uranvorkommen (wie Deutschland und Japan) oder mit unbedeutenden Uranvorkommen (wie Frankreich) sind deshalb in keiner Weise bereit, die Politik der USA zu unterstützen. Im Gegenteil, die energiepolitisch falschen Verzichtentscheide der USA haben alle anderen Länder davon überzeugt, dass auf die USA kein Verlass ist und dass man als bedeutende Industrienation in der Kerntechnik am besten auf eigenen Füßen steht. Das neue amerikanische Gesetz hat mit seinen Erschwerungen und einseitigen nachträglichen Änderungen bestehender internationaler Verträge das Vertrauensklima gestört und die schon bestehenden Autarkiestrebungen noch wesentlich gefördert.

Die durch die Cartersche Politik ausgelöste Welle von Emanzipationsaktionen hat dazu geführt, dass viele der betroffenen Nationen von den USA so rasch als möglich so unabhängig werden wollen, dass sie die Nutzung der Kernenergie mit Einschluss der Brütertechnik allein in Angriff nehmen können.

Präsident Carter bremst also nicht, sondern er beschleunigt die Verbreitung komplexen nuklear-technischen Wissens, welches im Falle bösen Willens auch zur Waffenherstellung dienen kann.

Die Opposition in Deutschland und Japan ist so gross, dass die USA sich bereit erklären mussten, diesen Ländern nicht nur die Weiterentwicklung

der Brütertechnik zu gestatten, sondern sogar dazu durch die Lieferung von Plutonium aus USA-Beständen Beihilfe zu leisten, während in den USA selbst die entsprechende Entwicklung stillsteht.

Die Situation ist geradezu grotesk: der grösste Ölimporteur hilft, zwar ungemein widerwillig, seinen kleineren Alliierten durch Plutoniumlieferung bei der Brüterentwicklung, tut aber selbst nichts für diese langfristig energiepolitisch wichtige Sache.

Im übrigen geht die Cartersche Politik davon aus, dass die letztlich leider unvermeidliche Verbreitung von Kernwaffen mit grosser Wahrscheinlichkeit den Weg über die Erzeugung und missbräuchliche Verwendung von Plutonium nehmen wird. Diese Annahme ist höchstens halb richtig, wahrscheinlich falsch: Indien ist diesen Weg gegangen, und falls Israel Atomwaffen besitzt, ist wahrscheinlich auch dort der Weg über das Plutonium genommen worden. Südafrika und Pakistan arbeiten aber heute an der Anreicherung von Uran und sind deshalb von Plutonium unabhängig. Es gibt heute wenigstens drei verschiedene Methoden zur Urananreicherung, so dass in Zukunft die heimliche Kernwaffenherstellung mit grosser Wahrscheinlichkeit diese Methoden benützen wird. Ein Verbot der Plutoniumgewinnung und der Brütertechnik verhindert daher in keiner Weise die Verbreitung der Kernwaffentechnik. Die Cartersche Politik erreicht das angestrebte Ziel nicht.

Zusammenfassend: Präsident Carters Politik behindert einerseits die Entwicklung der Kernenergie im wichtigsten Industrieland der Welt, also dort, wo eine langfristige Ent-

wicklung in Richtung Erdölsubstitution am nötigsten wäre und die grösste Wirkung auf die Versorgungslage der Welt erwartet werden könnte. Gerade der Abbau der einseitigen Abhängigkeit der westlichen Welt von der Versorgung durch mittelöstliches Erdöl wäre friedensfördernd, weil dadurch der Westen aus einer Situation der Erpressbarkeit herausgeführt würde. Die Verbreitung der Kernwaffen wird andererseits durch Carters Politik nicht ernsthaft behindert (wenn Pakistan nukleare Waffen entwickeln kann – wer kann es dann nicht auch?), sondern sogar durch die Verbreitung einschlägigen Wissens noch gefördert.

In einem Satz: Präsident Carters Politik will friedensfördernd sein, tut aber genau das nicht, was friedensfördernd wäre.

*

Schlussfolgerung: Der dritte Weltkrieg wird wahrscheinlich nicht ausbrechen, weil «irgendein Idi Amin» sich eine Atomwaffe beschafft, sondern viel eher deshalb, weil unüberlegte Leute, gleich welcher Nationalität sie auch sein mögen, an den Ventilen der mittelöstlichen Erdölfelder drehen.

Die richtige Politik der USA wäre, ihren Alliierten reichliche und zuverlässige Versprechungen betreffend die Versorgung mit Kernbrennstoff zu machen, dazu die nötigen technischen Massnahmen grosszügig vorzukehren und dann als Gegenleistung eine konsequente Mithilfe bei der Verhinderung der Verbreitung von Kernwaffen zu verlangen. Das wäre friedensfördernd.

Heinz Albers

INFORMATION ÜBER KUNST – MIT FRAGEZEICHEN

Zur 15. Biennale in São Paulo

Einer der zahlreichen Leserbriefe zur diesjährigen 15. Biennale von São Paulo gibt einem Missbehagen deutlichen Ausdruck. Ihn erfülle, so schreibt sein Verfasser, angesichts dieser Monsterschau zeitgenössischen Kunstschaffens Zynismus und Langeweile. Immer schon sei es vorgekommen, dass da längst Bekanntes mit dem Anspruch gezeigt werde, es handle sich um den neusten Schrei: aber diesmal scheine das gar die Regel zu sein. Der Briefschreiber übertreibt natürlich, er gibt den Gefühlen der Unlust, die den Be-

sucher einer 32 000 m² einnehmenden Ausstellung unweigerlich befallen, allzu unkontrolliert seine Stimme. Vielleicht müsste man davon abkommen, so inhuman grosse und so völlig ungegliederte Kunstausstellungen überhaupt noch zu veranstalten. Bedenkt man den ungeheuren Aufwand an Geld und Arbeit, der dazu nötig ist, dann muss man sich fragen, ob dieses Potential nicht sinnvoller eingesetzt werden könnte. Auch die Kritiker und die Künstler scheinen das zu spüren. Was tun mit der Biennale? So zum Beispiel fragt sich *Fernando Cerqueira*

Lemos im «*Folha de São Paulo*» und gibt die Frage an ein paar Künstler weiter. Soviel ich sehe, beanstanden auch sie die Gesichtslosigkeit der Schau, die Abwesenheit dessen, was den Ausstellungsbesucher unmittelbar betrifft und betroffen macht. Auch *Decio Bär* (in «*Veja*») sieht – bei allen guten Absichten, den paar herausragenden Exponaten gerecht zu werden – die Biennale dahinserbeln. Fülle und Vollständigkeit der Information machen zugleich sichtbar, dass Werke, die wirklich zählen, auf der ganzen Welt nicht unablässig entstehen, sondern die Ausnahme bleiben.

Das Reglement jedoch verlangt einstweilen die Monsterschau. Brasilien selbst ist mit zwölf Künstlern vertreten, für deren Auswahl die «*Associação Brasileira de Criticos de Arte*» verantwortlich zeichnet. Mir fiel vor allem *Berenice Gorini Rodrigues* mit einem für riesenwüchsige Wesen gestalteten Ensemble von Stühlen und Kostümen aus Bast, Stroh und Rinde auf. Hier ist nicht nur eine strenge Struktur konsequent durchgestaltet, sondern es lebt in den Gebilden aus natürlichen Fasern etwas von den Mythen und dem Geheimnis Brasiliens. Inmitten der von Land zu Land und von Kontinent zu Kontinent korrespondierenden Versuche in Stilen, welche die internationale Kunstdiskussion beschäftigen, ist hier ein Werk, das seine Aktualität nicht mit dem Verlust von Traditionen erkaufte hat. Es gibt Fälle dieser Art vielleicht vereinzelt auch sonst, nur verschwinden sie fast hinter der Masse des Angebots an Gegenwartskunst, als da sind Objekte und Pop und Konzepte und Neuer Realismus und was auch immer in Amerika oder in Europa vorüber-

gehend obenausgeschwungen hat. Die Ausstellung führt kreuz und quer durch Abwandlungen dieser Kunstarten, und keineswegs soll hier etwa behauptet werden, es sei nicht das meiste durchaus beachtenswert und manchmal sogar bedeutend. Es ist nur so, dass es im Gesamtbild untertaucht. Ein ausstellungstechnisches Problem also? Vielleicht ist es das auch. Und vielleicht erklärt das auch, warum die Bolivianer mit ihren kämpferisch anklagenden Beiträgen Aufsehen erregen. Sie geben eine Dokumentation von Gewalt und Terror, mit photographischen Techniken, plastisch auch, höchst realistisch und in der Bildsprache direkt, so etwa *Roberto Valcarcel* und *Gaston Ugalde*. Auf einer anderen Ebene liegt der durchaus kritische, wenn auch in der Ausführung geradezu klassisch geglättete Angriff des Portugiesen *Costa Pinheiro*, der mit seinen in verschiedenfarbigen Marmorarten ausgeführten Statuen und Objekten das traditionelle Kunstempfinden ebenso wie vor allem die Sakralkunst attackiert. Während die meisten der vierzig beteiligten Nationen das zugestandene Kontingent von fünf Künstlern ausnützen, ist die Bundesrepublik nur gerade mit einem einzigen Mann vertreten, allerdings mit dem zur Zeit wohl berühmtesten und gefragtesten Gegenwartskünstler, nämlich *Joseph Beuys*. Für ihn ist ja zur gleichen Zeit das Guggenheim-Museum in New York ausgeräumt worden. In São Paulo zeigt er drei grosse Filzstapel. Und ebenfalls mit einer Einmannvertretung ist die Schweiz anwesend. *André Thomkins'* meist kleinformatige Zeichnungen und Aquarelle drängen sich in der geräumigen Koje.

Die Veranstalter der 15. Biennale

haben sich zusätzliche Mühe gemacht, indem sie in einer Rückschau die Preisträger der bisherigen Ausstellungen in ihrem Schaffen repräsentativ vorführen. Nicht alle zwar sind der Einladung gefolgt, so dass da wichtige Lücken offenblieben. Aber im ganzen erlaubt diese begleitende Sonderschau doch ein Urteil darüber, was denn nun in den vergangenen achtundzwanzig Jahren jeweils ausgezeichnet worden ist. Es finden sich Namen wie Max Bill und Germaine Richter, Henry Moore und Giorgio Morandi, Alfred Kubin, Fernand Léger und Vasarely, daneben freilich auch viele andere, die wohl nicht gehalten haben, was sich die jeweilige Jury von ihnen versprochen haben mochte. Jedenfalls ergibt auch die Sonderschau der Preisgekrönten aller früheren Biennalen, soweit sie dieses Jahr in São Paulo vertreten sind, ein ähnliches Bild wie die Hauptausstellung: einzelne, persönlich geprägte Schöpfungen, jedoch in der Überzahl Kunstgebilde, die auswechselbar scheinen, trendschlüpfige Gestaltungen sozusagen.

Zu Ehren des Erbauers von Brasilia beherbergt die Biennale überdies eine Sonderschau mit Skizzen, Modellen und Möbeln aus der Werkstatt von *Oscar Niemeyer*, ergänzt durch grossformatige Photos. Wer wie ich geradewegs aus Brasilia nach São Paulo kam, konnte nicht umhin, die Konzepte mit der Ausführung zu vergleichen. Es zeigt sich dabei, dass Niemeyers Ideen, seine Skizzen und Modelle um einiges sensibler und beschwingter sind als die Realisierungen in Beton und Glas. Was – in Brasilia – nicht durchaus menschenfreundlich wirkt, nämlich im Massstab überzogen und im Detail mangelhaft, hat hier die Faszination

des grossen Konzepts. Dies jedenfalls ist mein persönlicher Eindruck. Die Oscar Niemeyer gewidmete Abteilung der 15. Biennale, übrigens im Ausstellungsgebäude und Park von Ibirapuera, die er selber 1951 gestaltet hat, gibt einen knappen Überblick über das Schaffen des berühmten Architekten. Niemeyer hatte die Chance, grosse Projekte und schliesslich eine ganz neue Stadt mitten im Sertão zu realisieren. Der Hang zum Monumentalen, zur Architektur des Offiziellen und Repräsentativen ist unverkennbar, schon im Haus der Biennale von Ibirapuera, dessen Mischung aus Sachlichkeit und Monumentalismus mit dazu beitragen mag, dass die Monsterschau von São Paulo den Besucher auf Distanz hält. Es sind immer viele Schüler und Studenten in der Ausstellung, und da sie fleissig oder lustlos in ihre Notizhefte schreiben, was ihnen der Aufmerksamkeit wert scheint, ist anzunehmen, dass sie darüber werden schreiben müssen. Kein Wunder, wenn die tachistisch bespritzten Schaufensterpuppen, die statt eines Kopfs einen Spiegel oder einen Video-Recorder tragen (*José Roberto Aguilar*), immer viel Publikum vor sich haben: die jungen Leute spiegeln sich und freuen sich, in der Kamera zu erscheinen.

Vielleicht braucht Brasilien diese Art Selbstbestätigung, diesen cleveren Anschluss an die Avantgarde der Welt. Die Weltstadt São Paulo, ein Meer von Hochhäusern, ein Hexenkessel des motorisierten Verkehrs, ein Zentrum wirtschaftlicher Tätigkeit und Emsigkeit, darf natürlich kulturell nicht zurückstehen. Von dieser Biennale muss gesprochen und geschrieben werden wie von der in Venedig, wie von Paris und London. Trotzdem – die schöpfe-

rische Kraft dieses Landes liegt erfreulicherweise nicht bloss in der Fähigkeit, mit Veranstaltungen wie dieser Monsterschau selbstverständlich mit dabei zu sein. Die Stimmen sind auch nicht mehr ganz selten, die da meinen, es sei verfehlt, auf den Anschluss an das internationale Kunstgeschehen und seine modischen Zuckungen mehr zu zählen als auf das, was aus dem Innersten des unerschöpflichen Landes kommt, auch in Hinsicht auf Themen, Motive, Traditionen und Techniken. Zurück zu den Ursprüngen, rufen sie und denken dabei an das Eigene, das zugleich ja so ungemein vermischt und vielfältig gebrochen den eigenartigen Reiz brasilianischer Kultur ausmacht. Im Ruf nach Besinnung auf das Eigene ist darum auch kein fremdenfeindlicher Ton, kein Versuch, sich abzukapseln. So zum Beispiel sagt *Luis Paulo Baravelli*, man möge doch inskünftig eher jeden Monat einen anderen international bedeutenden Künstler oder mit einem repräsentativen Ensemble ein fremdes Land vorstellen, diese dann freilich reichhaltig und umfassend dokumentiert, der di-

rekten Auseinandersetzung zugänglich und genau zu studieren. Das brächte wahrscheinlich mehr als die ganze durch ihre Weitläufigkeit unpersönliche Biennale. Mehr nämlich an Anregungen, Gesprächsmöglichkeit und Austausch. Der Vorschlag ist charakteristisch. Er enthält etwas von der ungeheuren Spannung, die Brasiliens kulturelle und geistige Lage kennzeichnet. Modernität und Primitivität, Weltstadt und Urwald, Zukunft und zweihundert Jahre Rückstand gleichsam nebeneinander: man findet das alles in diesem Land und einiges mehr. Die Biennale, so wie sie sich jetzt präsentiert, trägt dem zu wenig Rechnung. Sie könnte in dieser Weise überall sein, wo Organisation, Finanzen und Prestigebedürfnis sie ermöglichen. Um Brasiliens Künstlern und Intellektuellen, um dem kunstinteressierten Publikum Brasiliens die Kommunikation mit der internationalen Kunst zu gewährleisten, ist die Biennale jedoch nicht unbedingt das geeignete Instrument.

Anton Krättli

KONSTANZ EXPORTIERT LITERATURTHEORIE

Ein neues Konzept der Literaturgeschichte macht Schule

Die Universität Konstanz, gegründet 1966 mit Reformauftrag, macht im Bereich der Literaturwissenschaft seit einiger Zeit von sich reden; gemäss helvetischer Vorsicht gegenüber «Er rungenschaften» des «heroischen Jahrzehnts der westdeutschen Universitätskrise (1966–1976)» – der Aus-

druck ist einer Selbstdarstellung des Fachbereichs entnommen¹ –, haben wir diese Entwicklung über die Grenze beobachtet, aber kaum allzuernst genommen. Was auf Veranlassung einiger profilierter Forscherpersönlichkeiten (Wolfgang Iser, Wolfgang Preisendanz, Manfred Fuhr-

mann, Hans Robert Jauss und Jurij Striedter) dort aufgebaut wurde, verdient aber heute Beachtung.

In Konstanz studiert man Sprachen *oder* Literatur, was nicht ausschliesst, dass man zum Verständnis literarischer Texte Sprachen lernt. Der selbständige Fachbereich Literaturwissenschaft war von Anfang an interdisziplinär, primär auf Theoriebildung ausgerichtet. Das hatte zur Folge, dass nach der provokativen Antrittsvorlesung von Hans Robert Jauss über die «Rezeptionsgeschichte»², dem programmatischen Aufriss Wolfgang Iser über die «Appellstruktur» literarischer Texte³ und im Zusammenhang mit der Erschliessung der Texte der russischen und tschechischen Formalisten unter der Leitung von Jurij Striedter⁴ ein Konzept der Literaturwissenschaft verwirklicht wurde, das in Zusammenarbeit mit benachbarten Disziplinen wie Textlinguistik, Soziologie und philosophischer Hermeneutik in zahlreichen Kolloquien überprüft und weiterentwickelt wird. Eine erste Bilanz der «korrelativen, aber keinesfalls deckungsgleichen Neuansätze» gestattet der von Rainer Warning (früher Konstanz, jetzt München) herausgegebene Sammelband «Rezeptionsästhetik – Theorie und Praxis»⁵.

Neben die bisherige Literaturhistorie als Geschichte von Autoren und Werken soll eine Betrachtung der geschichtlichen Funktion der Leser (bzw. Zuhörer oder Zuschauer) treten, die besser gestattet, Literatur (und Kunst ganz allgemein) als geschichtlichen Prozess zu erfassen. (Es wird von der allerdings höchst fragwürdigen Voraussetzung ausgegangen, dass Werke und Interpretationen, die all-

gemeine Anerkennung [und Käuferschaft] gefunden haben, dadurch als richtig zu gelten haben, was eine ungebührliche Übertragung aus dem Gebiet des Marktes in das Gebiet des ästhetisch Gültigen ist.) Literatur verstehen die Konstanzer «nicht als Objekt einer reinen Geistesgeschichte, sondern als einen dynamischen Prozess von Kommunikation, Produktion und Rezeption, von Autor, Werk und Publikum». Die Interpretation als Bericht über einen individuellen Verstehensprozess, dessen Subjekt sich weitgehend in die Bewegung des literarischen Textes hineinziehen lässt, wobei der «Gegenstand» primär als solcher in seiner Bedeutungsfülle ausgelotet wird, gilt in Konstanz als eine Disziplin, die nur noch sich selbst diene (!), und die Komparatistik wird dort oft noch als ein methodologisch nicht fundiertes Fach aufgefasst, das «den Vergleich zum Selbstzweck erhob»; solche Entgleisungen sind nur aus dem ständigen Legitimationszwang einer neuen Disziplin zu erklären: eben der «Konstanzer Schule der Literatur- und Kommunikationstheorie», deren Vertreter aber den grossen Beitrag zum Verständnis literarischer Texte, welche stilkritische und literaturhistorische Arbeiten leisten, heute ohne Einbusse an Originalität anerkennen dürfen, denn wie Hans Robert Jauss gezeigt hat, verspricht auch ihre Methode nur die Beleuchtung *eines* Aspektes literarischer Texte. Auch eine Auseinandersetzung mit den Vertretern der «Genfer Schule» ist fällig.

In jüngster Zeit wird in Konstanz der Akzent weniger auf die Rezeptionsgeschichte und die Erforschung des Leserhorizonts gelegt, in den hin-

ein ein Werk wirkt, als vielmehr auf die Theorie der literarischen Kommunikation. Das heisst, dass die Frage nach dem Subjekt und dessen Bezüge zum Text, nach der Mitwelt und damit auch der Geschichtlichkeit, sowohl des Lesenden als auch des Gelesenen, stärker berücksichtigt werden.

Aus der Ablehnung des als nicht mehr zeitgemäss erachteten traditionellen Modells der philologisch-literarischen Bildung ergab sich als Konsequenz, dass die Konstanzer Magister (= Mittelschullehrer) entweder Sprach- oder Literaturlehrer sind, was z. B. in unseren Gymnasien erhebliche Schwierigkeiten ergäbe, weil Sprach- und Literaturunterricht als untrennbare Einheit betrachtet werden. (Bietet diese Einheit für die oberen Klassen nur Vorteile? Bringt der primär literarisch interessierte Französischlehrer z. B. die notwendigen lernpsychologischen Voraussetzungen für den Anfängerunterricht mit, und wie so lesen primär linguistisch interessierte Lehrer in Maturaklassen fast nur Zeitungen und Kriminalromane?) Am Rande sei vermerkt, dass neben den verschiedenen freiwilligen Sprachfächern und Philosophie auch ein Fach «Literatur» sinnvoll wäre, wo für interessierte Schüler auf der Basis von Originaltexten und Übersetzungen thematische, literaturgeschichtliche und formale Fragen besprochen würden, die im regulären nationalsprachlichen Pflichtunterricht, aus dem die Literaturgeschichte an vielen Orten verbannt wurde, keinen Platz mehr finden. Ein solches Fach «Literatur» müsste vergleichend und fachübergreifend betrieben werden, wie das hie und da in Konzentrationswochen oder Arbeitslagern der Fall

ist, und es könnte sogar viel zum Verständnis fremder Völker beitragen (ich denke z. B. an Texte aus der Dritten Welt). Wie sich der Praxisbezug am Bodensee gestalten wird, muss sich erst noch erweisen.

Die Universität Konstanz, die sich selbst als «Klein-Harvard am Bodensee» apostrophiert, ist primär Forschungsstätte und unterhält im Sektor der Dozenten internationale Kontakte, wie es sich keine philosophische Fakultät in der Eidgenossenschaft leisten kann; jeder fünfte der verhältnismässig wenigen Studenten ist übrigens Ausländer.

Die neue «Schule» der Literaturwissenschaft hat ihren Einfluss bei Forschungsprojekten, Verlagsentscheiden, Stellenbesetzungen in der Bundesrepublik und bei Kongressen im Ausland schnell und wirkungsvoll ausgebaut und sorgt dafür, dass ihre Vertreter und ihre Arbeiten beachtet werden. Einheit stärkt, wird aber im geisteswissenschaftlichen Bereich schnell suspekt; gegen die Gefahr eines allzu einheitlichen Dogmas wirken immerhin die anregenden, bereits in acht stattlichen Bänden veröffentlichten, weitgehend von Konstanz aus geleiteten Diskussionen der Forschungsgruppe «Poetik und Hermeneutik», von denen in einem späteren Beitrag die Rede sein wird. Das Forschungsteam vom Bodensee bietet jetzt sogar ein in vier Gebiete aufgegliedertes Postgraduierten-Programm «Theorie der Literatur und der Kommunikation» an, das den Führungsanspruch der jungen Universität klar anzeigt⁶.

Die Forschungsfelder sind: «Hermeneutik, Historik und Rezeptionstheorie der Literatur» (dazu gehören u. a. Analysen von Rezeptionsprozes-

sen im historischen Kontext, auch zwischen Nationalliteraturen); «Ästhetik, Funktions- und Wirkungstheorie der Literatur» (besonders das Verhältnis zwischen der Literatur und anderen Künsten, das Verhältnis von ästhetischer zu theoretischer, religiöser, politischer Einstellung); «Semiotik des Textes und der Kultur» (mit besonderem Interesse für die Unterschiede zwischen den verschiedenen Zeichen- und Systemtheorien und unter Berücksichtigung der kommunikationswissenschaftlichen Aspekte bis zur Analyse der Kommunikationssteuerung, Aufnahme und Urteilsbildung bei modernen Massenmedien); «Technik, Normativität und empirische Analyse von Kommunikationsmedien» (z. B. Analysen der Übermittlungstechnik der Nachrichtenträger, der sozialbedingten Verhaltenssteuerungen).

Für das Postgraduierten-Studium, das einen ersten akademischen Abschluss in einem geistes- oder sozialwissenschaftlichen Studiengang in Form eines Magister- oder Lizentiatsexamens voraussetzt, bestehen Tutorien Grundkurse, überfachliche Seminare, Forschungskolloquien für eine Dauer von 1 bis 4 Semestern. Es kann sogar, mit oder ohne Doktorarbeit, ein entsprechendes Zertifikat erworben werden, was lediglich für den akademischen Nachwuchs von Bedeutung ist, der heute allerdings vor einer düsteren Zukunft steht.

So hat sich am Bodensee eine «Schule» mit allen Vor- und Nachteilen konstituiert, die eine solche Institution mit sich bringt: Macht, Dog-

men, Sekten, Solidarität oder Reaktion, Missbehagen und Eifersucht.

Der Anspruch ist hoch, das Konstanzer Programm eindrucklich, der Elan der Gründergruppe scheint ungebrochen. Zeigt das grosse Interesse für den *Leser* bereits an, dass wir in die Zeit eintreten, da dieser zu einem Gegenstand der Historie wird?

Peter Grotzer

¹ «Theorie der Literatur und der Kommunikation». Postgraduierten-Programm der Universität Konstanz. Wintersemester 1979/80, 18 Seiten. – ² Hans Robert Jauss, «Literaturgeschichte als Provokation der Literaturwissenschaft» (1967); jetzt in H.R.J., «Literaturgeschichte als Provokation», Suhrkamp Verlag, ⁵1974. Neueste Publikation von H. R. Jauss: «Ästhetische Erfahrung und literarische Hermeneutik I», München 1977, UTB 692. – ³ Wolfgang Iser, «Die Appellstruktur der Texte. Unbestimmtheit als Wirkungsbedingung literarischer Prosa» (1971). Neueste Publikation von W. Iser: «Der Akt des Lesens. Theorie ästhetischer Wirkung», München 1976, UTB 636. – ⁴ Jurij Striedter (Hg.), «Texte der russischen Formalisten». Bd. I: «Texte zur allgemeinen Literaturtheorie und zur Theorie der Prosa», München 1969. – Einleitung zu Felix Vodička, «Die Struktur der literarischen Entwicklung», München 1976. J. Striedter unterrichtet seit einigen Jahren an der Harvard University. – ⁵ Rainer Warning (Hg.), «Rezeptionsästhetik – Theorie und Praxis», München 1975, UTB 303. – ⁶ Vgl. hierzu meinen Bericht über den Innsbrucker Kongress der «International Comparative Literature Association» (20.–24. August), NZZ, 3. September 1979.